

Heinz Gerhard Haupt, Jörg Requate (Hg.)

Aufbruch in die Zukunft

Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel

© Velbrück Wissenschaft 2004

»Age of great dreams« – mit dieser Bezeichnung hat der Historiker David Farber versucht, die 60er Jahre aus amerikanischer Perspektive zu beschreiben. Er bezog sich damit auf das Zusammenspiel eines kräftigen und stetigen ökonomischen Wachstums mit vielfältigen Hoffnungen auf gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen. Mit dieser Interpretation stand er nicht allein. Burkhard Lutz charakterisierte die dreißig Nachkriegsjahre als immerwährenden Traum der Prosperität und in Frankreich hat sie Jean Fourastié in Anspielung an die bürgerliche Julirevolution des Jahres 1830 als »trente glorieuses« bezeichnet. In all diesen Benennungen wird der Akzent auf eine ökonomische Trendwende gelegt, auf die mittelfristige Dauer der Prosperitätsphase und den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Experimentiercharakter der Zeit. Jenem Zusammenhang wird in dem vorliegenden Band für einen kürzeren Zeitabschnitt, nämlich für die 1960er Jahre, im internationalen Vergleich nachgegangen.

Diese Konzentration auf die 1960er Jahre bietet sich an, weil sie innerhalb der längeren Aufschwungphase als Jahrzehnt des Aufbruchs und der Dynamik beschrieben werden. Diese Begriffe tauchen ebenso in heutigen Analysen wie in Zeitdiagnosen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf. Denn dort erhofften sich viele nach dem Mauerbau mit dem Ende des Aderlasses an qualifizierten Arbeitskräften eine selbstbewußtere und weniger ängstliche Politik der Erneuerung. Diese war – wie auch in anderen sozialistischen Staaten – vor allem im kulturellen Bereich wie auch in der ökonomischen Diskussion zu verorten, da im globalen Wettbewerb der Systeme der Ökonomie eine zentrale Rolle zukam und kulturelle Kreativität zunehmend auch als Ausweis gesellschaftlicher Produktivkräfte diente. Beide Debatten verbanden sich in der Tschechoslowakei und konnten politisch aufgeladen in der Dynamik des Prager Frühlings münden.

Auch wenn sich die Rahmenbedingungen in den Staaten des so genannten Ostblocks einerseits und der westlichen Länder andererseits im einzelnen sehr unterschiedlich gestalteten, waren die 60er Jahre gleichwohl systemübergreifend von einem optimistischen, fortschrittsüberzeugten Blick in die Zukunft geprägt. Dies gilt nicht zuletzt für die drei Länder, um die es in dem vorliegenden Band in erster Linie gehen soll. Gerade unter der Frage, welche Bedingungen in der ČSSR und in der DDR für Ähnlichkeiten und Unterschiede in den wirtschaftlichen Reformbestrebungen, in der kulturellen Aufbruchstimmung und den jeweiligen politischen Implikationen verantwortlich waren, ist ein komparatives Vorgehen sinnvoll. Bezogen auf die Forschung zur DDR ist schon wiederholt der Vergleich vor allem zu anderen osteuropäischen Ländern eingeklagt, aber noch selten realisiert worden. Begründungsbedürftiger erscheint demgegenüber die gleichzeitige Einbeziehung der Bundesrepublik, wengleich sich zunehmend auch die Auffassung durchsetzt, dass die beiden deutschen Staaten sich bei aller Abgrenzung in zahlreichen Bereichen dennoch spiegelbildlich entwickelten.

Der Vergleich zwischen den Systemen bzw. zwischen zwei Ländern aus unterschiedlichen Systemen hat seine besondere Problematik. Ein Vergleich, der westliche Demokratien zum Maßstab nimmt und auf dieser Weise vor allem die Defizite der diktatorischen Regime herausarbeitet, kann zwar politisch gewiss legitim sein, vermag allerdings die jeweiligen Eigendynamiken der nicht-demokratischen Gesellschaften kaum zu erfassen. Eine reine Gegenüberstellung der jeweiligen Entwicklungen, wird diesen gewiss besser gerecht, verfehlt allerdings den eigentlichen Sinn des Vergleichs, da letztlich ein tertium comparationis fehlt. Ein solches findet sich dann, wenn man davon ausgeht, dass es in beiden Systemen ähnliche Herausforderungen gab, auf die jeweils in sehr unterschiedlicher Weise geantwortet wurde. Kaspar Maase hat jüngst zu Recht darauf verwiesen, dass ein solcher Ansatz auf der Annahme beruht, dass es sich bei beiden deutschen Gesellschaften um Industriegesellschaften handelte, die sich systemübergreifenden Modernisierungsaufgaben gegenüber sahen. In welchem Maße eine solche Annahme tatsächlich durchgehend trägt, ist hier im Einzelnen nicht zu diskutieren. Für die 60er Jahre allerdings bietet diese Annahme bereits insofern eine Basis, als eine ganze Reihe zeitgenössischer Beobachter selbst begann, in diesen Kategorien zu denken und vor diesem Hintergrund nicht nur das Verhältnis der beiden deutschen Staaten, sondern der beiden Systeme insgesamt neu zu bestimmen.

Dezidierten Ausdruck fanden diese Überlegungen vor allem in der so genannten Konvergenztheorie, der unter Politologen und Wirtschaftswissenschaftler, aber auch in der Politikberatung zeitweise erhebliche Bedeutung zukam. Die Theorie beruhte genau auf der Annahme, dass es sich bei beiden großen Gesellschaftssystemen insbesondere in Gestalt ihrer Hauptrepräsentanten, den USA und der UdSSR, ungeachtet ihrer politischen Unterschiede, in erster Linie um moderne Industriegesellschaften handelte. Das bedeutete auch, so die Annahme, dass beide Gesellschaften grundsätzlich ähnlichen Bedingungen und Anforderungen unterlagen, die ihrerseits wiederum in hohem Maße von den Möglichkeiten des technischen Fortschritts einerseits und den Notwendigkeiten effizienter Organisation andererseits bestimmt wurden. Da die Vertreter dieser Theorie weiter davon ausgingen, dass diese äußeren „Sachbedingungen“ im Zuge einer gleichfalls in beiden Systemen zunehmenden Verwissenschaftlichung im Kern zu ähnlichen Lösungen führen würden, erschien aus dieser Perspektive die Konvergenz beider Systeme als logische Folge.

Dass die Geschichte einen anderen Verlauf nahm, ist bekannt. Gleichwohl bieten die Überlegungen, die der Konvergenztheorie zugrunde lagen, für die Auseinandersetzung mit den 60er Jahren mindestens drei wichtige Anknüpfungspunkte. Zum einen verweisen sie darauf, dass ein von ähnlichen Problemlagen ausgehender Vergleich keineswegs erst auf einer ex-post-Konstruktion beruht, sondern im Gegenteil gerade in den 60er Jahren eine spezifische Konjunktur hatte. Zum anderen spiegelt sich in den Überlegungen der Primat eines auf Machbarkeit und Planbarkeit ausgerichteten Denkens, das seinerseits wiederum auf der Vorstellung eines immerwährenden ökonomischen Erfolgs und technischen Fortschritts basierte. Drittens schließlich kommt in den konvergenztheoretischen Annahmen auch ein Mut zur Prognose und damit ein ebenfalls für die 60er Jahre spezifisches, auf die Zukunft gerichtetes Denken zum Ausdruck. Diesem „Aufbruch in die Zukunft“ soll im vorliegenden Band in verschiedenen Aspekten und unter unterschiedlichen vergleichenden Perspektiven nachgegangen werden. Die Beiträge des Bandes fragen vor allem danach, wie diese entstanden, begründet und entwickelt wurden, ob sie zu institutionellen Veränderungen führten, welche Herausforderungen sich daraus für die einzelnen Gesellschaften ergaben und mit welchen Ergebnissen für den Verlauf der öffentlichen Debatten und politischen Entscheidungsprozesse diese Herausforderungen angenommen oder auch verworfen wurden.

Dabei kann es hier nicht um einen gleichgewichtigen Vergleich zwischen drei Ländern gehen. Vielmehr wird, ausgehend von den skizzierten, systemübergreifenden Phänomenen, sowohl nach Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen den beiden deutschen Staaten also auch nach den Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen der DDR und der ČSSR gefragt. Ziel ist es dabei zum einen, dem transnationalen Aspekt in der Forschung zu den 60er Jahren ein höheres Gewicht zu geben. Zum anderen eröffnet die Beschäftigung mit der „Vergangenheit der Zukunft“ Perspektiven auf die 60er Jahre, die in der bisherigen Auseinandersetzung mit den 60er Jahren zu wenig beachtet zu sein scheinen.

So unterschiedlich sich der Forschungsstand zu den Ländern im einzelnen darstellt, so fällt insgesamt auf, dass eine vergleichende oder transnationale Perspektive auf die Entwicklungen in den 60er Jahren bislang unterbelichtet ist. Eine Ausnahme bilden hier die Forschungen zu „1968“, zumindest was die westeuropäischen Länder und die USA angeht. Tatsächlich liegt die „Inter-“ bzw. Transnationalität von „1968“ unmittelbar auf der Hand: Die neue Linke, die für die Entstehung der 68er-Bewegungen überall eine zentrale Rolle spielte, war von Beginn an international vernetzt. Die einzelnen Bewegungen verstanden sich selbst als Teil einer gesamten Bewegung, die mit dem Protest gegen den Vietnamkrieg auch ein gemeinsames, „globales“ Thema hatten. Protest- und Aktionsformen fanden, zumeist ausgehend von den USA, Nachahmungen und Umwandlungen in vielen Ländern und wurden Teil jener „Kulturrevolution“, die Eric Hobsbawm ebenso wie Immanuel Wallerstein als ein globales Phänomen am Ausgang der 60er Jahre ausmachten.

Schon diese Verbindung der Ereignisse von 1968 mit einer angenommenen „Kulturrevolution“ lässt deutlich werden, dass die mit „1968“ in Verbindung gebrachte Internationalität weit über die Ereignisse des so genannten „magischen Jahres“ hinausging. Als eines von drei Charakteristika einer neu entstandenen Jugendkultur, die die kulturelle Revolution der 60er Jahre trug, verortete Hobsbawm konsequenterweise deren „Internationalismus“. „Blue Jeans“ und Rockmusik seien auch dort, wo sie nicht toleriert wurden, zu Markenzeichen der „modernen Jugend“ geworden. Popmusik, so Jakob Tanner in ähnlichem Sinne, sei in kürzester Zeit zu einer Art internationalen, überall verstandenen Jugendsprache geworden. Ausgehend von dem Befund dieser Internationalität hat der britische Historiker Arthur Marwick seine Untersuchung der „Kulturrevolution“ der 60er

Jahre dann auch konsequent inter- bzw. transnational angelegt und außer Großbritannien auch Frankreich, Italien und die USA einbezogen. Auf der Ebene der Jugendkultur ist das Entstehen und die rasche Ausweitung eines neuen transnationalen Referenzsystems in den 60er Jahren in der Tat unübersehbar. Der Frage, in welchem Maße der kulturelle Aufbruch in der DDR und den mittel- und osteuropäischen Ländern Verbindungen zu den Entwicklungen im Westen hatte, ist bislang allerdings auch nur in Ansätzen nachgegangen worden. Dies gilt auch für die Ereignisse des Jahres 1968.

Während allerdings für die kulturelle Ebene die inter- bzw. transnationale Dimension in der Forschung einen gewissen Niederschlag findet, ist dies für andere Bereiche weit weniger der Fall. So liegen zwar zur Frage der Wandlungen in der Wirtschaftspolitik der DDR, insbesondere dem Neuen Ökonomischen System, wie zu Fragen der so genannten wissenschaftlich-technischen Revolution eine Reihe von Arbeiten vor. Schon die zeitgenössische westliche DDR-Forschung der 60er und 70er Jahre hat ausgehend von und anknüpfend an P. C. Ludz auf die wachsende Rolle von Fachwissen für die Elitenrekrutierung wie auch für die Politik sowie auf gewisse fachwissenschaftliche Implementate in der Ideologie während der späten Ulbricht-Ära hingewiesen, selbst wenn dessen daraus abgeleitete Vermutung, dass eine primär durch fachliche Qualifikation legitimierte „institutionalisierte Gegenelite“ entstehen würde, kaum aufrecht zu erhalten sein dürfte. Inzwischen liegt eine Vielzahl neuerer Arbeiten zum Elitenwechsel in den Wissenschaften, zur „neuen Intelligenz“, zur Wissenschaftspolitik, aber auch zur Geschichte einzelner Wissenschaftsdisziplinen in der DDR vor. Dennoch fehlen schon für die DDR-Geschichte der 60er Jahre Untersuchungen, welche die vielfach angemerkten Tendenzen zur Verwissenschaftlichung von Politik, die dafür bestehenden Strukturen, die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung und die involvierten Akteure eingehender analysieren. Selbst zu den Institutionen, die in diesem Zusammenhang besonders relevant waren, wie etwa dem Forschungsrat und dem von Ulbricht geleiteten „strategischen Arbeitskreis“, liegen bisher kaum mehr als Teilerkenntnisse vor.

Grundsätzlich gilt im übrigen auch für die 60er Jahre unverändert Jürgen Kockas Befund, dass der Vergleich der DDR mit ihren realsozialistischen Nachbarländern noch am Anfang steht. Auch Fragen des Systemvergleichs und der Beziehungsgeschichte zwischen den beiden

deutschen Staaten sind in vielen Punkten noch gar nicht oder erst in Ansätzen in Angriff genommen worden. In welchem Maße sich beide Gesellschaften aber gegenseitig observierten, hat Ralf Kessler hier am Beispiel der DDR-Botschaft in Prag nachgewiesen, die genau über die Entwicklungen im Bruderland berichtete und besonderes Augenmerk auf jene Entwicklungen richtete, die für den Bestand und die Politik der DDR gefährlich werden konnten.

Die Forschungen zur tschechoslowakischen Geschichte der 60er Jahre sind vor allem auf das Jahr 1968 und die anschließende Periode der „Normalisierung“ konzentriert. Soweit sich dabei auf die späte Novotný-Ära konzentriert wird, gehen vorhandene (in der Regel empirisch-deskriptiv und politikgeschichtlich angelegte) Studien wenig über den bereits von Gordon Skilling präsentierten Forschungsstand hinaus. Hier, wie auch in der nach 1989 weiter angewachsenen Memoirenliteratur, wird zwar auf die wissenschaftlichen Teams verwiesen, die bereits vor 1968 an diversen Reformvorhaben (sowie dem sog. Richta-Report) arbeiteten. Über diskutierte Inhalte, Strukturen und Akteure erfährt man dabei allerdings wenig mehr als das, was über die ohnehin bekannten Aktivitäten einiger weniger Protagonisten (O. Šik; Z. Mlynár) hinausgeht. Zudem werden dabei häufig die während des „Prager Frühlings“ vertretenen Konzeptionen mit den bereits vor 1968 entwickelten Positionen undifferenziert gleichgesetzt. Im Rahmen einer Gesamtdarstellung zu den Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei wurden auch die Reformansätze der 60er Jahre in ihren wesentlichen Zügen dargestellt, wobei es auch hier gänzlich an vergleichenden Perspektiven fehlt. Am Rande berührt wurde die Zeit der Reformen in übergreifenden Darstellungen zur Geschichte Osteuropas, wobei es sich lediglich um eine Vermittlung der wichtigsten Wirtschaftsdaten handelt.

Für die Bundesrepublik hat die Forschung zu den 1960er Jahren seit einigen Jahren intensiv eingesetzt. Eine wichtige Rolle spielt dabei insbesondere die Untersuchung dieser Zeit als Phase einer intensiven und nachhaltigen Liberalisierung der Bundesrepublik. Etwas quer zu dieser Perspektive stehen dagegen jene Arbeiten, die vor allem die Ebene der Machbarkeits- und Planungseuphorie thematisieren. Denn während die Arbeiten, die sich auf die Liberalisierung konzentrieren, die Bedeutung der 60er Jahre als wichtige Formierungsphase der Bundesrepublik unterstreichen, erscheint die Planungs- und Fortschrittseuphorie eher als

Phänomen einer beendeten Epoche – ähnlich der Konvergenztheorie, in der diese Denkweise eine wichtige Rolle spielte. Fragen nach möglichen Ähnlichkeiten und Unterschieden bei Entwicklungen im Fortschrittsdenken, im Vertrauen auf technische Machbarkeit, nach Ähnlichkeiten oder Berührungspunkten in ökonomischen Überlegungen, im Umgang mit der Ressource Bildung und anderem mehr sind bislang jedoch noch kaum behandelt worden.

Auf dem Weg zu einer Verschmelzung von Markt- und Planwirtschaft?

Im Jahr 1967 veröffentlichte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith seine Schrift über „Die neue Industriegesellschaft“ und erregte damit weit über die Fachöffentlichkeit hinaus erhebliches Aufsehen. Provozierend war dabei nicht nur die These, dass sich die beiden großen, konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zunehmend angleichen würden, sondern vor allem auch, dass er dem Kapitalismus empfahl, sich eines zentralen Elements sozialistischen Wirtschaftens zu bedienen, nämlich der Planung. Der Grund für diese Empfehlung wurzelte weniger in einer besonderen Sympathie für die sozialistische Gesellschaft als vielmehr in dem Glauben an deren Leistungsfähigkeit. Tatsächlich führte der Sputnik-Schock des Jahres 1957 dazu, dass sich die amerikanische Politik und Politikberatung mit geradezu ängstlichem Staunen mit der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft befasste. Auf einer vom amerikanischen Kongress veranstalteten Anhörung zum Vergleich der Situation der amerikanischen und der sowjetischen Wirtschaft im Jahr 1959 sagte der CIA-Chef Allen Dulles aus, dass die Wachstumsrate der industriellen Produktion in der UDSSR in den letzten acht Jahren doppelt so groß gewesen sei wie in den USA. Falls die Wachstumsrate der sowjetischen Industrie im nächsten Jahrzehnt weiter bei acht oder neun Prozent bliebe, drohe der Abstand zwischen der Wirtschaft der beiden Länder bis 1970 nahezu aufgebraucht zu sein, wenn die amerikanische Wirtschaft weiter so wachse wie bisher. Zwar lässt sich die verstärkte Forderung nach eine Hinwendung zu einer mehr planenden Ökonomie, wie man sie bei Galbraith und anderen findet, gewiss nicht als eine Orientierung an sowjetischen Methoden der Wirtschaftssteuerung interpretieren. Der scheinbare Erfolg der sowjetischen Wirtschaft ließ es jedoch in den Augen einer ganzen Reihe von Ökonomen ratsam erscheinen, sich wieder verstärkt Theoretikern – in erster Linie John Meynard Keynes – zuzuwenden, die globalsteuernde Eingriffe in den Wirtschaftsprozess für

geboten und erfolgversprechend erachteten. Vor dem Hintergrund des Sputnik-Schocks diente der Verweis auf die sowjetischen Wachstumszahlen in erster Linie als provozierendes Mittel, den Begriff der Planung zu enttabuisieren und so den Boden für neue wirtschaftspolitische Wege zu ebnen.

Eine intensivere Beschäftigung mit der tatsächlichen Situation der Wirtschaft in den Staaten des Warschauer Pakts hätte möglicherweise schon sehr bald ein deutlich weniger bedrohliches Bild ergeben. Denn anders als im Westen, wo die Hinwendung zu planerischen Konzepten angesichts hoher und konstanter Wachstumszahlen kaum als Ergebnis einer tatsächlichen Krise erklärt werden kann, suchten Ökonomen in den sozialistischen Staaten umgekehrt gerade aufgrund wachsender wirtschaftlicher Probleme nach Möglichkeiten, Instrumente des Marktes in die Planwirtschaft zu integrieren. Der Frage, wie diese Debatten verliefen, auf welche Grenzen sie jeweils stießen und zu welchen konkreten Umsetzungen sie führten, gehen Maria Köhler-Baur für die Tschechoslowakei, André Steiner für die DDR und Dagmara Jajeśniak-Quast für Polen in diesem Band nach. Dabei ergibt sich eine ganze Reihe ebenso signifikanter Ähnlichkeiten wie Unterschiede zwischen den drei staatssozialistischen Ländern.

Gemeinsam lässt sich für die Reformdebatten in allen drei Ländern zunächst festhalten, dass sie nicht ohne einen Bezug zur Sowjetunion auskommen. Eine Grundvoraussetzung dabei war die zunehmende Entstalinisierung, insbesondere nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Aber auch darüber hinaus fällt auf, dass in allen drei Ländern die „Reformer“ immer wieder mit Autoren aus der Sowjetunion argumentierten, um ihre Reformpositionen zu legitimieren. Die zweite übergreifende Gemeinsamkeit besteht darin, dass strukturell die Debatten immer dort endeten und Gegenreaktionen provozierten, wo diskutierte und vorgeschlagene Maßnahmen als systemsprengend wahrgenommen wurden. Drittens schließlich spielte in allen drei Ländern die Frage eine große Rolle, in welchen Organen, von welchen Personen und in welchen Teilöffentlichkeiten die Reformfragen diskutiert wurden. Wo jedoch die Grenzen im Einzelnen lagen und welche Foren für die Debatten nutzbar gemacht wurden, differierten in den drei untersuchten Ländern erheblich. Festzuhalten ist dabei zunächst, dass hinsichtlich der Chronologie der Debatte die DDR und die ČSSR deutlich näher beieinander lagen als Polen, wo bereits wesentlich früher, insbesondere im Jahr 1956, eine Art „Reformeuphorie“ eingesetzt und sich bald wieder gelegt hatte.

Wendet man sich zunächst der DDR und der Tschechoslowakei zu, so konstatieren André

Steiner und Maria Köhler-Baur übereinstimmend, dass der Ausgangspunkt der Reformdebatte in einer tiefen Wirtschaftskrise zu suchen ist, deren Bewältigung aufs Engste mit der politischen Legitimation der Regime verknüpft war. Die Erkenntnis, dass die drängenden Probleme sich nicht allein mit den Mitteln des bestehenden Wirtschaftssystems lösen ließen, führte in beiden Ländern zur Suche nach neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik und Ansätzen von Reformen. Gemeinsam war den Debatten auch, dass in einer gewissen spiegelbildlichen Analogie zum Westen der tendenziell tabuisierte Begriff des Marktes in beiden Ländern einen zum Teil explizit ausgesprochenen und zum Teil unausgesprochenen Bezugspunkt in dem Bemühen um Reformen bildete. Sowohl die konkret vergleichenden Befunde von Maria Köhler-Baur als auch parallele Lektüre der Aufsätze zur ČSSR und zur DDR zeigen sehr deutlich, dass die Debatte in der DDR in mehrerlei Hinsicht weit größeren Beschränkungen unterlag als im südlichen Nachbarland. Unter geschickter Ausnutzung von Chruschtschows Vorstellungen von einer dezentralisierten Wirtschaft entwickelte Anfang der 60er Jahre eine Reihe von Ökonomen vor allem an der Prager Akademie der Wissenschaften Reformvorstellungen, die sich schon bald von den vorgegebenen Denkschemata lösten. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte dabei, dass die Akademie, so Maria Köhler-Baur, in diesem Zeitraum zu einer Art Sammelbecken von Experten und Wissenschaftlern geworden war, die mit der offiziellen Linie der Partei nicht konform gingen. Zwar blieb die Debatte in der Tschechoslowakei zunächst weitgehend auf die Fachöffentlichkeit und die Fachorgane beschränkt, konnte sich dort aber vergleichsweise „frei“ entfalten. Frei bedeutet dabei, dass vor allem der Begriff des Marktes relativ offen und zum Teil letztlich bis über die Grenzen systemspengender Überlegungen hinaus diskutiert werden konnte, ohne dass diese Konsequenzen freilich offen ausgesprochen oder wohl auch nur zu Ende gedacht worden wären. Frei bedeutete zudem auch, dass die an der Debatte beteiligten Wissenschaftler ihre Überlegungen auch relativ ungehindert in ausländischen Zeitschriften vertreten konnten. Der Einfluss dieser Debatte und der konkreten Vorstellungen der Ökonomen auf die Politik blieb gleichwohl auch in der Tschechoslowakei gering. 1965 ergriff die Wirtschaftskommission beim Zentralkomitee der kommunistischen Partei zwar ihrerseits die Initiative zu Reformen und stützte sich dabei verbal auch auf Anregungen der Ökonomen der Akademie der Wissenschaften um Ota Šik. Letztlich aber, so Maria Köhler-Baur in ihrem Fazit, blieben die Tabus des sozialistischen Wirtschaftssystems zunächst unangetastet und die „Reformen“ so auf einige wenige Korrekturen innerhalb des Systems beschränkt.

Gleichwohl bleibt vor allem im Vergleich zur DDR die Offenheit zumindest der fachlichen Diskussionskultur bemerkenswert. Anders als in der Tschechoslowakei blieb in der DDR, wie der Beitrag von André Steiner zeigt, auch die wissenschaftliche Debatte wesentlich enger an die Politik gebunden. Ein ähnlicher Raum vergleichsweise freier Diskussion entwickelte sich in der DDR somit nicht. Zwar war damit auf der anderen Seite die Staats- und Parteispitze eng in die reformerischen Überlegungen eingebunden. Auf diese Weise wurde wie André Steiner betont, der ökonomischen Rationalität in der Phase der Debatte um ein „neues ökonomisches System“ deutlich mehr Bedeutung beigemessen als früher. Die tatsächlich durchgeführten reformerischen Maßnahmen blieben jedoch klar im Rahmen der planwirtschaftlichen Gesamtvorgaben. „Marktwirtschaftliche“ Elemente sollten damit den Plan in gewisser Weise effizienter machen, aber auf keinen Fall eine Eigendynamik entwickeln. Die Möglichkeiten zu einer „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ blieben somit auch in der Reformphase der 60er Jahre eng begrenzt.

Bleibt man auf der Ebene der tatsächlich eingeleiteten Reformansätze, ist zunächst nicht überraschend, dass diese auch in Polen relativ bald an die Grenzen der Systemvorgaben stießen. Der Vergleich ist jedoch aus anderer Perspektive aufschlussreich: Wie oben bereits angedeutet, verlief die Chronologie der Debatte deutlich anders als in der ČSSR und in der DDR. Die Streiks des Jahres 1956 sowie die Wahl Gomulkas zum Parteichef der Polnischen Arbeiterpartei nur kurz nach dessen Entlassung aus dem Gefängnis führten bereits in dieser Phase zu Reformansätzen in der Wirtschaftspolitik, die prinzipiell auf ähnlichen Überlegungen beruhten, wie sie später in der ČSSR angestellt wurden. Auch in Polen blieben diese Ansätze nach einer kurzen „Reformeuphorie“ jedoch stecken oder wurden gar wieder zurückgeschraubt. Die frühen 60er Jahre, in denen es in anderen sozialistischen Ländern zu einer gewissen Aufbruchstimmung gerade in der Wirtschaftspolitik kann, waren somit in Polen eher durch Ernüchterung geprägt. Zwar wurde die Reformdebatte in den 60er Jahren – in gewisser Parallelität zu den anderen sozialistischen Staaten – auch noch einmal aufgegriffen. Nicht zuletzt, weil sich die wirtschaftliche Lage in Polen in dieser Phase deutlich günstiger gestaltete als in den Vergleichsländern, beschränkte sich jedoch diese Debatte, so Dagmara Jajeśniak-Quast, im wesentlichen auf akademische Fachkreise. War deren Position schon in den Jahren vor 1968 prekär und isoliert, brach nach 1968 in Polen – ebenso wie in den anderen sozialistischen Ländern – die Diskussion um „marktwirtschaftliche Elemente“ in der Planwirtschaft, sei es durch Emigration, sei es durch mehr oder weniger

erzwungenes Verstummen der Protagonisten, völlig ab.

Wirft man nun mit dem Beitrag von Georg Altman einen Blick in die Bundesrepublik, so ist auf die scheinbar spiegelbildliche Verkehrung der Debatte bereits verwiesen worden. Festzustellen ist dabei zunächst auch in der Bundesrepublik eine gewisse Enttabuisierung und semantische Verschiebung im Umgang mit dem Begriff der Planung. Altmann verweist jedoch darauf, dass trotz des unverkennbaren Aufschwungs, den der Begriff nahm, in der volkswirtschaftlich-akademischen Debatte „keynsianisches“, „globalsteuerndes“ Gedankengut auch in dieser Phase eine klar untergeordnete Rolle spielte. Insofern widerspricht Altmann auch der Vorstellung, dass es etwa unter dem Einfluss eines etwaigen Generationen- oder Elitenwechsels einen scharfen Wandel in der Wirtschaftspolitik von einer liberalen, erhardtschen zu einer keynsianischen, schillerschen Prägung gegeben habe. Das Stabilitätsgesetz von 1967 erscheint so in der Kontinuität länger zurückgreifender Überlegungen und nicht als Ergebnis eines plötzlichen Kurswechsels. Der scheinbare Erfolg des Gesetzes allerdings, dem die Überwindung der Wirtschaftskrise von 1966/67 zugeschrieben wurde, trug nicht unwesentlich zur Vorstellung von der Steuerbarkeit der Wirtschaft bei, die spätestens 1973 ernüchert aufgegeben werden musste. So ordnet Altmann die hohen Erwartungen, die in der Bundesrepublik für eine kurze Phase in die Planbarkeit der Wirtschaft gesteckt wurden, mit guten Argumenten weit mehr der allgemein einsetzenden wissenschafts- und zukunftsorientierten Planungseuphorie zu als einer Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen oder einem Paradigmawechsel in der ökonomischen Fachdebatte. Erst vor diesem Hintergrund rücken „Ost“ und „West“ dann tatsächlich auch deutlich näher zusammen als in den eigentlich ökonomischen Fragen, wie sich an den Beiträgen zu dem zweiten und dritten Themenfeld zeigen wird. Im Bereich der Wirtschaft dienten zwar die wechselseitigen Verwendungen des Markt- bzw. des Planungsbegriffs bis zu einem gewissen Grade als gezielte Provokation in den jeweiligen Debatten. Doch schon die Rahmenbedingungen für die Debatten waren höchst unterschiedlich und die Wirtschaftssysteme blieben es ohnehin.

Technokratie und Zukunftsprognostik

Auch wenn sowohl Zukunftsforschung als auch deren fiktionale Verarbeitung ihre Ursprünge

weit vor den 60er Jahren hatten, ist der Boom einer wissenschaftlichen, einer populären und einer phantastisch ausgeschmückten Beschäftigung mit der Zukunft in den 60er Jahren unübersehbar. Weit mehr als bei den nur scheinbaren Konvergenztendenzen der Wirtschaftssysteme lassen sich hier tatsächlich eine Reihe von Phänomenen und Entwicklungen ausmachen, die die 60er Jahre „im Westen“ in ähnlicher Weise wie „im Osten“ kennzeichneten. Ein fundamentaler Unterschied sei gleichwohl sofort genannt: Die sozialistischen Systeme basierten bekanntermaßen bereits auf der Vorstellung, sich auf der Seite des wissenschaftlich abgesicherten Fortschritts und damit auf dem Weg in eine prinzipiell vorhersagbare Zukunft zu befinden. Hier lag ein grundsätzlicher Unterschied zu der als prinzipiell offen gedachten Zukunft in den westlichen Demokratien. Umso mehr fällt auf, dass in den 60er Jahren in beiden Systemen der Blick in die Zukunft eine neue Qualität mit zum Teil erstaunlichen Parallelen erhielt. Die Grundlagen dafür waren sowohl ökonomischer als auch technischer Natur: Der schnelle Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg paarte sich mit zum Teil bahnbrechenden technischen Neuerungen, die ihrerseits in der Raumfahrttechnologie in besonderer Weise sichtbar waren und den Vorstellungsraum des Machbaren enorm erweiterten. Das Jahr 2000 bildete vor diesem Hintergrund eine Art magisches Datum, das symbolisch für die Zukunft und deren rasantes Näherrücken stand und insofern Verheißung und Bedrohung zugleich bedeutete. So entwickelte sich parallel zu dem unübersehbaren Fortschrittsoptimismus auch das Bewusstsein für die Risiken und das Bedrohungspotential künftiger Entwicklungen, an deren Spitze die demographische Entwicklung mit einer prognostizierten Bevölkerungsexplosion stand. Aus dieser spezifischen Gemengelage zwischen Fortschrittsoptimismus und Einsicht in das Bedrohungspotential entwickelte sich auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ eine Beschäftigung mit der Zukunft, die die Planung von Zukunft für ebenso notwendig wie möglich hielt. Mit der institutionellen Verankerung und den unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen dieses „Zukunftsbooms“ befasst sich hier Alexander Schmidt-Gernig. Er konzentriert sich auf die Entwicklung in der Bundesrepublik, setzt diese aber mit ähnlichen Tendenzen in anderen, vor allem westlichen Ländern in Beziehung. Neben den übergreifenden Tendenzen betont Schmidt-Gernig allerdings auch die bundesdeutschen Besonderheiten der Zukunftsforschung. Deren vergleichsweise geringe Institutionalisierung, deren Theorielastigkeit und die vergleichsweise hohe Skepsis, mit der ihr in der Bundesrepublik begegnet wurde, führt Schmidt-Gernig unter anderem auf die Schatten der NS-Vergangenheit zurück, die eine

allgemeine Skepsis gegenüber großen Zukunftsentwürfen plausibel erscheinen lässt. Zudem stellt Schmidt-Gernig auch einen gewissen Zusammenhang zwischen Zukunftsforschung und Großmachtsanspruch her. Nicht zufällig, so Schmidt-Gernig, hätten vor allem die USA und die Sowjetunion, aber auch Frankreich besonders viel Energie in die Planung der Zukunft investiert.

Dieser Zusammenhang von Macht und Zukunftsgestaltung wird in gewisser Weise auch in dem fiktionalen Pendant zur Futorologie, der Science Fiction, deutlich. Blockübergreifend, so arbeitet Hans-Edwin Friedrich in explizit ost-west vergleichender Perspektive heraus, boomte eine technikbegeisterte und fortschrittsgläubige Literatur, in der es immer auch um die Unterwerfung fremder Galaxien und die Abwehr feindlicher Angriffe ging. In beiden Systemen blieb die Science Fiction bzw. die wissenschaftliche Phantastik, wie die Gattung in der DDR – in Anlehnung an den russischen Sprachgebrauch – lieber genannt wurde, aber nicht auf diese Aspekte beschränkt, sondern erhielt zunehmend eine gesellschaftspolitische Dimension. Der Spielraum einer „social fiction“ erweise sich dabei im Westen jedoch als weit größer. Auch hier zeigt sich, dass diese besondere Art der Zukunftsorientierung in den 60er Jahren, verbunden mit der auch für die Zeitgenossen offenkundigen systemübergreifenden Parallelen in manchen Entwicklungen des „wissenschaftlichen Fortschritts“, gerade für das System, das den Fortschritt für sich gepachtet zu haben beanspruchte, bemerkenswerte Probleme mit sich brachte. Erkennbar wird dies etwa an der von Hans-Edwin Friedrichs betonten Kritik an der „wissenschaftlichen Phantastik“, die darin die vorgezeichnete Entwicklung zum Kommunismus vermisste. Fiel dieser Aspekt der Zukunftsvision weg, verloren sich auch die klaren Unterschiede in den Zukunftsvisionen der beiden Systeme. In welchem Maße aus Perspektive der sozialistischen Staaten eine zu große Ähnlichkeit in der „Verwissenschaftlichung“ der Welt bedenklich wurde, ließe sich auch an dem zeitweiligen Boom der Kybernetik deutlich machen, der in einer Reihe von Beiträgen erwähnt wird. Die Kybernetik symbolisierte geradezu die in beiden Systemen erkennbare Tendenz die gesellschaftliche Entwicklung einer wissenschaftlich abgesicherten Steuerung zu unterwerfen. Die der Thermodynamik entlehnte Vorstellung einer auf permanenter Rückkopplung basierenden Steuerung generierte in den sozialistischen Staaten, insbesondere in der DDR jedoch eine doppelte Problematik, wie sich nicht zuletzt am Schicksal etwa des zeitweise prominenten DDR-Kybernetikers Georg Klaus verdeutlichen lässt. Erstens nahm Klaus zwar wiederholt Bezug auf die Entwicklung der Kybernetik im Westen, nicht zuletzt um den

übergreifenden Trend zu dieser spezifischen Form der Verwissenschaftlichung zu unterstreichen. Dabei legte er jedoch penibel Wert darauf, den fundamentalen Systemunterschied zu betonen: Während der Westen mit der Kybernetik sich nun auch einer Technik der Steuerung zuwende, so das Argument, fehle ihm allerdings das richtige Ziel der Steuerung. Das nämlich könne nur vom Marxismus-Leninismus vorgegeben werden. Mit diesem Argument gelang es zumindest zeitweise, den Verdacht einer ideologischen Aufweichung durch Hinwendung zu allzu technokratischen Überlegungen abzuwehren. Der grundsätzliche Verdacht blieb gleichwohl bestehen, zumal die Idee der Kybernetik noch ein zweites Problem mit sich brachte. Rückkopplung bedeutete letztlich Mitsprache von unten, da die Steuerung nur funktionieren konnte, wenn die entsprechenden Informationen aus dem System zurückkamen. Hier aber lag eines der Fundamentalprobleme des Systems insgesamt, denn es hätte bedeutet, dass man sich den tatsächlichen Problemen hätte stellen müssen. Diese Problematik galt jedoch keineswegs nur für die Idee der Kybernetik, sondern für die Vorstellung der Verwissenschaftlichung insgesamt. Denn deren konsequente Durchsetzung hätte unweigerlich zu einer gewissen Machtabtretung der Partei an Experten nach sich gezogen, so dass sich auch hier sehr schnell die Systemfrage stellte. So verwundert es nicht, dass nach Niederschlagung des Prager Frühlings in der DDR ebenso wie in der ČSSR auch das Programm der Verwissenschaftlichung ad acta gelegt wurde.

Ausgehend von dem Umstand, dass die DDR – hier als ein Beispiel der sozialistischen Staaten – ihre Legitimation direkt daraus ableitete, auf der Seite des Fortschritts und der Zukunft zu stehen, fragt Martin Sabrow in seinem Beitrag in einem diachronen Langzeitschnitt nach einem etwaigen Wandel des Fortschrittsparadigmas und verortet vor diesem Hintergrund die Entwicklung der 60er Jahre. Das Fortschrittsparadigma, so arbeitet Martin Sabrow für die 60er Jahre heraus, verlor in den 60er Jahren den „pathetischen Schwung“ der 50er Jahre und wurde stattdessen zunehmend von einer „wissenschaftlichen Aura“ umgeben, die den Fortschritt als klar berechenbare Größe erscheinen ließ. Wie allerdings die reale Umsetzung der „Zukunftsplanung“ und „Verwissenschaftlichung“ aussah, zeigte sich in beiden Systemen in je unterschiedlicher Weise. Hier liefert Albrecht Weiskers Auseinandersetzung mit der Planung und Implementierung der Atomenergie in der Bundesrepublik und der DDR konkretes Anschauungsmaterial. So unterschiedlich die Probleme und der Umgang damit auch waren, zeigt sich in beiden Fällen, in welchem Maße Anspruch und Wirklichkeit gerade auch im Umgang mit einer Technologie auseinander

klafften, die in besonderem Maße „Zukunft“ repräsentierte. Entgegen des vielfach geäußerten Planungswillens entwickelte sich die Kernforschung in der Bundesrepublik besonders in den 60er Jahren weitgehend „naturwüchsig“ und konnte sich auf diese Weise gleichwohl klar etablieren. Auch in der DDR deckte sich die reale Entwicklung kaum mit den Planungsankündigungen, hier allerdings mit der Folge, dass die Zielsetzungen des Energieprogramms aus Ressourcenmangel bei weitem verfehlt wurden. Weiskers Fazit, dass sich erstens die westdeutsche Planungseuphorie in erster Linie in der Rhetorik und kaum in einer veränderten Praxis niederschlug, und dass zweitens in Ost wie in West nicht eingelöste bzw. gescheiterte Planungen eher die Regel als die Ausnahme darstellten, dürfte gewiss nicht nur für das Atomprogramm zutreffen.

„Humankapital“ und Verwissenschaftlichung

Beide Begriffe gehörten zu den „Plastikwörtern“ der 1960er Jahren, in denen sich Zielvorstellungen und Zeitdiagnosen mischten. Die Überzeugung, dass die wissenschaftlich-technische Revolution notwendig sei, um wirtschaftliches Wachstum auf breiter Stufenleiter zu ermöglichen, gesellschaftliche Bedürfnisse durch gesteigerte Produktion zu befriedigen und politische Handlungsmöglichkeiten zu vergrößern, verband nach dem unmittelbaren Nachkriegsboom Politiker, Zukunftsplaner und Wissenschaftler in Ost und West. Mit dieser Entwicklungsannahme verbunden war die Notwendigkeit, die für diese Revolution qualifizierten Arbeitskräfte heranzubilden und mit der Planung der Veränderungen auch Wissenschaft zur entscheidenden Produktivkraft zu machen. Der Blick nach Frankreich zeigt, wie unterschiedlich diese Tendenzen in den einzelnen Gesellschaften aufgenommen wurden. Dort wurde bereits Anfang der 1960er Jahre in der Industriosozologie von der neuen Arbeiterklasse gesprochen, die sich von der traditionellen Industriearbeiterschaft unterschied und sich aus der technischen Intelligenz zusammensetzte. Die Planung ihrerseits musste jenseits des Rheins – anders als in der Bundesrepublik – keinen Prozess der Enttabuisierung durchmachen, sondern wurde ihrer diktatorischen Form entkleidet sogar im Gaullismus eingesetzt, um die ökonomische und gesellschaftliche Modernisierung des Landes voranzutreiben. Es gehört zu den interessanten Kapiteln einer vergleichenden Geschichte der 1960er Jahre, die unterschiedlichen Antworten zu skizzieren, die einzelne nationale

Gesellschaften auf die anstehenden Problemlagen gaben.

Der Übergang von einer sozialexklusiven Bildung zum allgemeinen Recht auf Bildung, hatte – wie Ralph Jessen demonstriert – in der DDR vor allem in der Nachkriegszeit und in den 1950er Jahren eingesetzt und nicht nur zu einer Zunahme der Absolventenzahlen von weiterführenden Schulen geführt, sondern auch zu einer Demokratisierung des Zugangs zu den Universitäten. In den 1960er Jahren schmolz dieser Vorsprung der DDR gegenüber der Bundesrepublik aber dahin, da nunmehr auch westlich der Elbe die Notwendigkeit verstärkter Bildungsanstrengungen erkannt wurde. In der DDR hingegen geriet eine massive Förderung der technischen Intelligenz mit dem Primat der Politik in Widerspruch und wurde deshalb seit dem Ende der 1960er Jahre zurückgefahren. Jessen macht zu Recht darauf aufmerksam, wie sehr sich die Debatte um die Bildung in den beiden deutschen Staaten unterschied. Teilten auch die Protagonisten in beiden deutschen Staaten das Bewußtsein, wie stark die Zukunft der Gesellschaften im Systemwettbewerb von dem allgemeinen Niveau der Ausbildung abhing, so blieb in der DDR die Bildungsdebatte doch stärker auf die Zirkel der Experten begrenzt, während sie in der Bundesrepublik breit und kontrovers in der Öffentlichkeit geführt wurde. Nicht mehr der traditionelle bildungsbürgerliche Begriff der Bildung, der in der Nachkriegszeit die Restauration des dreigliedrigen Schulsystems und der Universitäten angeleitet hatte, sondern die Identifikation von Fachwissen mit Bildung machten den Weg frei zu einer Neubestimmung der Bildungsinhalte und eine freilich begrenzte Neuorganisation der Bildungsinstitutionen. Die Förderung des sprichwörtlich gewordenen „katholischen Mädchen vom Land“ blieb zwar weithin lediglich ein Lippenbekenntnis der Bildungspolitik, demonstrierte aber zumindest, wie stark Prinzipien sozialer Gerechtigkeit in die Bildungsdebatte hineinwirkten, während sie in der DDR tendenziell an Bedeutung verloren.

Verbunden war mit dieser Debatte in beiden deutschen Staaten die Entwicklung von professionalisierten Beratungs- und Expertengremien. Die Konjunktur der Bildungsökonomien begann mit dem Versuch, aus Hochrechnungen des ökonomischen Wachstums den Bedarf an Hochschulabsolventen zu ermitteln bzw. die Attraktivität von Hochschulkarrieren aus gesellschaftlichen Prozessen wie individuellen Mobilitäts- und Aufstiegserwartungen abzuleiten. Obwohl – wie Michael Ruck auch für diesen Bereich unterstreicht – die Planungsperspektive in der Bundesrepublik durch das DDR-Beispiel diskreditiert war und

auch im Kanon marktliberalen Denkens der CDU keinen Platz fand, entstand bereits 1957 der Wissenschaftsrat. Zudem schossen Planungsstäbe in verschiedenen Ressorts zu Beginn der 1960er Jahre aus dem Boden. Sowohl Michael Ruck als auch Gabriele Metzler können aber demonstrieren, dass das Planungsdenken und der Glaube in die Prognosefähigkeit von wissenschaftlichen Experten sich keineswegs parallel mit ihrer Institutionalisierung entwickelten. Vor allem im konservativen Lager hielt sich Skepsis über den Sinn der Planung und über die demokratische Legitimation der professionellen Experten, während sich die SPD zumindest für eine kurze Zeit in Planungseuphorie erging, bevor dann die begrenzte Reichweite von weitreichenden planerischen Entwürfen deutlich wurde und der Widerstand der Beamtenschaft gegen die akademische Konkurrenz die Oberhand gewannen. Gleichwohl hatten Sozial- und Politikwissenschaften in den 1960er Jahren ein Vokabular und Wissen bereitgestellt, mit dem die innerbundesrepublikanische Entwicklung analysiert und in einen internationalen Kontext gestellt werden konnte. Der Transfer von Planungsmodellen aus dem angelsächsischen, vor allem dem amerikanischen Raum stand auf der Tagesordnung und der internationale Vergleich, in dem die Institutionen der Bundesrepublik auf den Prüfstand gestellt wurden, gehörte zum Arsenal der „comparative politics“. Diese Internationalisierung eher innen- und gesellschaftspolitischer Probleme der Bundesrepublik gehört sicher zu den nachhaltigsten Folgen der breiten Debatte um politische Planung, Expertenwissen und Zukunftsprognosen.

In der Tschechoslowakei und der DDR fanden ähnliche Debatten statt. Die Parallelität der Themen ist in der Tat frappierend. An die Stelle der Soziologie und der Systemtheorie trat dort allerdings die marxistische Gesellschaftswissenschaft und die Kybernetik. Vor allem aber versuchten Partei- und Staatsführung die Debatten über Entwicklungswege und die Notwendigkeit von Veränderungen im Arkanbereich der Macht zu konzentrieren und sie nicht öffentlich auszutragen. Dies gelang offensichtlich unterschiedlich gut. Sowohl Ralf Kessler als auch Christoph Boyer unterstreichen, wie sehr die DDR-Führung die Debatten über Konsum- und Gesellschaftspolitik in Arbeitskreisen organisierte, die die Parteispitze informierten, ohne allerdings ihre Ergebnisse in allgemein zugänglichen Publikationen zur Diskussion stellen zu können. In der Tschechoslowakei war allerdings die Homogenität und der Organisationsgrad der Staats- und Parteiführung weniger groß, sei es wie Boyer unterstreicht, dass eine intellektuelle Gegenelite in ihr existierte, sei es wie Kessler

argumentiert, dass in den Debatten um Personenkult und Stalinismus sich unterschiedliche Gruppen profilieren konnten. Auf alle Fälle führte diese stärker polyzentrische Struktur dazu, dass die Diskussionen politischer, d.h. kontroverser und öffentlicher ausgetragen wurden und damit auch die Grundlage für eine zumindest partiell existierende politische Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei legten. Da Kritiken und alternative Vorstellungen schnell auch im Westen publiziert wurden, erweiterte sich der Diskussionsraum über die Grenzen hinweg. In dieser Perspektive wird verständlich, wie es zum „Prager Frühling“ und zu der ängstlichen Abgrenzung der DDR von der tschechoslowakischen Entwicklung kommen konnte. Boyer macht indes darauf aufmerksam, dass die Debatten in der Intellektuellenöffentlichkeit nicht identisch mit einer breiten, alle Bevölkerungsschichten erfassenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung waren. Unter Arbeitern stießen die auf den Markt setzenden Reformvorschläge der ČSSR-Reformer sehr wohl auf Skepsis und Opposition, da sie eine Veränderung der bestehenden Bedingungen bedeuteten, ohne handgreifliche Verbesserungen versprechen zu können. Diese eher strukturkonservative Haltung war – wenn man Boyer folgt – auch unter DDR-Arbeitern verbreitet und wurde durch die Politik Honeckers nach 1970 unterstützt. Die Debatte um die Ursachen der unterschiedlichen Entwicklungswege in der DDR und der Tschechoslowakei wird sicher nicht bei einer stark politik- und elitengeschichtlichen Analyse der Parteiführung stehen bleiben können, sie wird andere Faktoren einbeziehen müssen.

Kultureller Aufbruch

Es wäre eher eine Illustration für eine konsequent durchgehaltene Modernisierungstheorie als eine zureichende Beschreibung und Analyse historischer Wirklichkeit, wenn man behauptete, dass das Bewusstsein für die Bedeutung wissenschaftlich-technischer Innovationen in den beiden berücksichtigten staatssozialistischen Gesellschaften auch zu mehr kulturellen Gestaltungsspielraum und zu einem kulturellen Aufbruch führte. Diese Gleichläufigkeit von ökonomischen, politischen, planerischen und kulturellen Prozessen ist historisch eher die Ausnahme als die Regel. In der Tat folgte der kulturelle Aufbruch, der sowohl in der tschechoslowakischen als auch in der DDR-Gesellschaft der 1960er Jahre auszumachen ist, anderen Logiken.

In der DDR gehörte er zweifellos in den Kontext des gesteigerten Selbstbewußtseins, das auf

den Mauerbau folgte. Aus ihm zogen sowohl Teile der Staatsführung und – bürokratie als auch Künstler und Künstlerinnen den Schluß, dass innerhalb der DDR-Gesellschaft Experimente und sogar ein Neubeginn möglich waren. Der Bitterfelder Weg, der freilich bereits am Anfang der 1960er Jahre implementiert wurde, sollte durch die Fusion von Arbeiter- und Künstlerintelligenz die soziale und politische Basis des Regimes verbreitern. Der häufige Gebrauch der Generationen- und Jugendmetapher in den künstlerischen Werken und kulturpolitischen Schriften deutete auf den Versuch hin, die DDR gleichsam neu zu begründen. Birgit Dahlke kann nachweisen, wie sehr diese Veränderungsdynamik nicht am Rande des Künstler- und Schriftstellerspektrums oder gar in der Opposition entstand, sondern in deren staatstragender und -bejahender Mitte, die in verschiedenen Gebieten Gestaltungs- und Veränderungswillen demonstrierte. In der Architektur, in der Musik, der Lyrik wie der Prosa kündeten diese Projekte von einer intimen Verbindung sozialistischer Werte und optimistischer Zukunftserwartungen. Konnten sich auch die Intentionen – wie aus zahlreichen Beispielen bei Dahlke deutlich wird – selten in neuen künstlerischen Formen umsetzen, so waren sie doch bedrohlich genug, um zu schnellen Reaktionen der DDR-Staats- und Parteiführung zu führen. Bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre verebbte der Appell „Kumpel, greif zur Feder“ und wurde die Symbiose zwischen Betriebsleben und Künstlern administrativ eingengt. Kontrolle und Steuerung der Kulturpolitik statt ungehinderter Suche nach neuen Ausdrucksformen stand fürderhin auf der Tagesordnung. Kurt Hager gab die Richtung des Kulturschaffens bürokratisch von oben und restriktiv vor.

Folgt man der Analyse von Uta Raßloff, so unterschied sich die Situation in der Tschechoslowakei grundsätzlich von der in der DDR. Die Pluralisierung des kulturellen Lebens war dort die Folge einer Systemkrise Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre, die Boyer untersucht hat. In deren Folge wurden nicht nur in der kommunistischen Partei unterschiedliche strategische Entwürfe und Projekte diskutiert, sondern auch in der Öffentlichkeit. Zeitschriften, Filme und Manifeste konnten entstehen, in denen – im Unterschied zur DDR – sich eine von der Parteiführung unabhängige Intelligenz artikuliert und die ihrerseits eine andere Version des Sozialismus proklamierten. Diese zeichnete sich nicht – wie in der DDR – durch eine Radikalisierung des Jugend- und Aufbruchpathos aus, sondern durch deren Infragestellung. Die Ambivalenz des Neuen, die Brüchigkeit des Fortschritts, die Gebrochenheit des neuen sozialistischen Menschen wurden zu Themen, die

subversiv die offizielle Planungs- und Fortschrittsideologie unterhöhlten. Angesichts der in sich politisch gespaltenen Staats- und Parteibürokratie konnten sich diese staatskritischen Sichtweisen in Zirkeln verbreiten. Sie wurden ihrerseits unterstützt durch den Import von ausländischer Literatur und Besuche westlicher Künstler, die weitaus stärker das kulturelle Leben in der Tschechoslowakei prägten als in der DDR. Ob allerdings die unterschiedliche Breite, in der in der Tschechoslowakei die eigene künstlerische Tradition der Zwischenkriegszeit bemüht und benutzt werden konnte, zu der unterschiedlichen Entwicklung in den beiden hier berücksichtigten Gesellschaften beitrug, wird in weiterführenden Studien zu erörtern sein.

Aus der Perspektive des beginnenden 21. Jahrhunderts macht die Metapher des „Traums“ Sinn, mit der die Diskussionen und Vorstellungen der 1960er Jahre belegt worden sind. Sie besaßen in manchen Teilen einen Überschuss an Phantasie, eine Verbindung von Elementen, die nicht notwendig in Huxleys „Brave new world“ münden mussten, sondern sich auch der Marxschen Urgesellschaft annähern konnten. Technokratische Omnipotenzphantasien und bürgergesellschaftliche Mobilisation, die in diesem Band weniger prominent vertreten sind, bestanden nebeneinander oder bekämpften einander. Das Erwachen aus dem Traum fiel in allen drei Gesellschaften zweifellos ernüchternd aus. Die politische Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse erwies sich weithin als Illusion. Die wissenschaftliche Beratung der Politiker durch Experten diente lediglich als zusätzliche Legitimation, veränderte aber nicht das Regieren im 20. Jahrhundert. Die Bildungsexpansion verbesserte zwar das Niveau der Ausbildung, veränderte aber kaum die gesellschaftlichen Hierarchien. Wenn man angesichts derartiger Ergebnisse heute auch eher die Utopiefreudigkeit der Epoche belächeln, ihre Hoffnung auf Machbarkeit und Gestaltbarkeit der Geschichte unmäßig finden wird, so liegt dies zweifellos vor allem an Erfahrungen der Gegenwart, in der Zukunft wenig denkbar ist und Planung eher skeptisch mit Ahnung oder Fehlplanung assoziiert wird.

Der Vergleich zwischen drei unterschiedlich strukturierten Gesellschaften hat sich bewährt. Unter der gewählten Problematik kann er eine Tendenz zeitgeschichtlicher Forschung vermeiden, nämlich eine Erfolgsgeschichte westlicher Gesellschaften zu schreiben. Vielmehr verdeutlichen die Beiträge, in welche Sackgassen, unauflösbare Problemlagen und Aporien nicht nur die Diskussionen in den staatssozialistischen, sondern auch in westlichen Gesellschaften gerieten, wie wenig auch das Planungsdenken unter demokratisch-

pluralistischen Bedingungen in der Lage war, die Marktmacht der Unternehmen als verlässliche Größe einzubeziehen oder sie zu begrenzen.